

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P., für das deutsche Reich und ganz Österreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beilagen: Morgen-Ausgabe 4-spaltig 40 P., Columnen resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-spaltig 60 P. — Adresse: 3-spaltig 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. f. w.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 12. Januar.

12 Uhr. Im Bundesrathliche: Fürst Bismarck, von Boetticher, Bronsart v. Schellendorf u. A.

Zu Ehren des verstorbenen Abg. Dirichlet erheben sich die Abgeordneten von ihren Plätzen.

Die Beratung der §§ 1 und 2 der Militärvorlage mit den dazu gehörigen Anträgen Stauffenberg, Ballestrem, Behr und Wapser wird fortgesetzt.

Zu § 2 ist seitens des Abg. Graf Ballestrem der Antrag eingebracht: „Für den Fall der Annahme des Eventualantrags Stauffenberg in § 2 des Kommissionsbeschlusses in der vorletzten Sitzung vom 1. April 1886 zu setzen 31. März 1890“.

Abg. v. Sellhorst (Cons.): Nach den Mittheilungen, die aus in der Kommission gemacht worden sind, bin ich allerdings überzeugt, daß wir uns Frankreich gegenüber in der Lage befinden, eine Verneuerung unserer Beziehungen eintreten zu lassen, wenn wir nicht von Frankreich dauernd überflügelt werden wollen. Weitere Aufklärungen über die politische Lage, als sie gegeben worden sind, habe ich nicht erwartet. Ich glaube, daß dasjenige, was der Reichskanzler uns gesagt hat, alles das enthält, was in der gegenwärtigen Lage überhaupt gesagt werden kann, und daß es unsere volle Aufmerksamkeit verdient. Ich möchte das ausdrücklich aussprechen, daß es geradezu den nationalen Interessen widersprechen würde, auf diesem Gebiete noch weitere Mittheilungen zu machen, die, wie sich Jeder sagen kann, nicht gemacht werden können. (Sehr wahr! rechts.) Ich glaube ferner, daß es noch nicht in gehöriger Weise hervorgehoben ist, daß die Erhöhung der Präsenzliste unserer Armee schließlich doch nur eine notwendige Konsequenz der gesetzlich bestehenden allgemeinen Wehrpflicht ist. Wenn der Abgeordnete von Stauffenberg einen Unterschied zwischen den neu zu bewilligenden Formationen und den in die alten Kadres neu einzuweisenden Mannschaften machen will, so ist doch nicht zu verkennen, daß die vermehrte Ausbildung wehrfähiger Mannschaften bestimmt ist, unsere Kriegsstärke zu erhöhen.

Es wird nun von den Gegnern der Vorlage mit besonderer Energie geltend gemacht: Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen. Der Referent meint auch jeder Mann und Groschen sei von der Kommission bewilligt. Auch ist auf eine Aeußerung des Bundesrathlichen Grafen Moltke hingewiesen worden, daß alle Parteien in dieser Begehung einig seien. Dagegen mache ich darauf aufmerksam, daß Graf Moltke gleich danach sich gegen Bewilligungen auf kurze Frist ausgesprochen. Aus der Rede des Grafen Moltke können Sie, die nur 3 Jahre annehmen wollen, also nichts entnehmen, daß für Sie spräche. Die Zeitdauer ist ein durchaus wesentlicher Punkt der Vorlage. Sie sagen, wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen, aber Sie wollen den Fortbestand Ihrer Bewilligung abhängig vom Parlament machen. Ihre Bestimmungen führen nur dazu, die Qualität der Armee zu verschlechtern. Dahin gehen unter anderem die Bestimmungen nach Verfürgung der Dienstzeit und Verlängerung der Rekrutenzeiten. Darüber müssen wir aber doch klar sein, daß wir auf Zahl unserer thätigen Soldaten nicht verzichten sind. Besonders wird von den Gegnern die finanzielle Lage ins Treffen geführt. Deklamationen über die Schwierigkeit der Geldfrage, wie sie hier gehört sind, können nichts fruchten gegenüber der Nothwendigkeit, der wir gegenüberstehen. Blicken wir doch auf den Aufwand Frankreichs für seine Armee, wo der Prozentsatz der Kosten ein viel höherer ist, als bei uns. Das Budget der deutschen Nation für vier, Wein und Branntwein beträgt allein 1700 bis 2000 Millionen jährlich. Da könnte man doch auf 66% Glas Bier jährlich ein wenig weniger trinken. Wenn dafür so viel ausgegeben wird, so sollten wir es auch für die Armee können.

Ich komme nun auf die Entwicklung dieser Frage, die uns jetzt beschäftigt. Die erste Vorlage wurde vom Kriegsminister Koon damit begründet, daß eine Revision der Präsenzliste von Zeit zu Zeit dringend geboten sei. Erst kurz vorher war der schwere Verfassungskampf in Preußen durchgeschritten worden, wo die Regierung sich so mühsam und fest bewiesen hatte. Gott sei Dank, daß sie es that, sonst hätten wir jetzt nicht hier. (Beifall rechts.) Schon damals wurde geltend gemacht, daß es im Interesse der Stärke unserer Armee liege, dasselbe von wechselnden parlamentarischen Mehrheiten unabhängig zu machen. Die Natur des Bewilligungsrechts des Reichstages in Armeesachen wurde damals schon so interpretiert, wie es auch jetzt seitens der Regierung geschieht. Es giebt die Verfassung dem Reichstage nur eine Art von Vorschlagsrecht, alle weiteren aus der Verfassung abgeleiteten Rechte sind unbegründet. Artikel 60 ist nichts als eine genauere Präzisierung des Budgetrechts des Reichstages. Auch im Jahre 1880, als nun neu die Frage der Feststellung der Friedenspräsenzstärke an uns herantrat, waren diese Gesichtspunkte maßgebend. Bei richtiger Interpretation des Artikels 60 wird man auch nothwendig zu dieser Auffassung gelangen müssen, einer Auffassung, wie sie durch die berufenen Organe stets anerkannt und praktisch durchgeführt ist. Herr v. Suene meinte gestern, es werde nur die Formation festgestellt. Auch dies ist unrichtig gegenüber den positiven Bestimmungen der Verfassung. Für die Verneuerung der Friedenspräsenzstärke spricht vor allem der Grundgedanke der allgemeinen Wehrpflicht. Um nämlich die wehrfähigen Männer auch wehrfähig zu machen, müssen eben die Kadres da sein, in denen dies geschehen kann. Es ist also die Verneuerung der Kadres eine Konsequenz der Wehrpflicht. Dazu kommt die Beilage, welche die Regierung zu einer Vorberatung des Septennats veranlaßt. Wohin führt es nun, wenn Sie die Armee abhängig machen wollen vom Parlament? Doch nur zur Schwächung und Lockerung des festen Zusammenhangs derselben. Wir werden diesen Bestimmungen stets entgegenstehen. (Beifall rechts.) Es handelt sich hier überhaupt nicht um einen Streit über ein paar Jahre mehr oder weniger, sondern um die Grundlagen der Verfassung, um ernste staatsrechtliche Fragen. (Sehr wahr! rechts.) Der Abg. Windthorst hat einfach für eine Parlamentsidee plaidirt, wenn er sagte, durch die Bewilligung der 16 Bataillone auf kurze Frist wolle er die Rückbildung derselben ermöglichen.

Ich komme nun noch auf den Vorschlag einer Reichseinkommensteuer, der von Seiten der deutschfreisinnigen Partei gemacht wird. Derselbe ist nichts als ein demagogisches Mandat. In alten Zeiten ist es wohl vorgekommen, die besitzenden Klassen zum Unterhalt für das Heer heranzuziehen, ich aber stehe auf modernem Boden. (Lachen links.) Ihr Antrag beweist Ihre eigene Schuld, Sie beweist, daß Sie stets die Pflicht verabsäumt haben, für eine finanzielle Fundirung des Reiches zu sorgen. (Sehr gut! rechts.) Sie haben allen Vorlagen gegenüber immer nur den einen Auswand: „Wie ist dies im Interesse der Wahlen auszunutzen?“ An sich befreite ich gar nicht die theoretische Kompetenz zu einer Reichseinkommensteuer, aber da Sie fast unüberwindliche praktische Schwierigkeiten bietet, wird selbst Herr Mitter als große Finanzautorität zugeben. Hier bei diesem Gesetze hat ein solcher Vorschlag nur eine demagogische Bedeutung, in die Welt hinauszufragen, daß besondere Klassen der Gesellschaft ein besonderes Interesse an der Unterhaltung einer starken Seemacht haben, und dieser demagogische Charakter der Vorschläge seitens der Opposition erwirkt es uns auch Nachteile, auf Grund derer die Vorlage eingebracht. (Reichskanzler Fürst Bismarck betritt den Saal.) Wir werden jedoch nach keiner Richtung hin einer Veränderung zustimmen. Im Auslande verfolgt man diese Aktion hier mit größter Aufmerksamkeit und man begleitet die Haltung der Herren Bebel, Windthorst und Richter sogar mit einem gewissen Grade von Sympathie. Ich glaube nicht, daß man das Gefühl gerade an der Spitze, aber es ist ein Gefühl, welches für den deutschen Nationalcharakter nicht gerade schmeichelhaft ist.

(Sehr richtig! rechts.) Andererseits weiß man, daß in Deutschland allein eine Regierung ist, die unbegrenzt von Leidenschaft ihre Wege verfolgt, unbegrenzt durch engstirnigen Parlamentarismus. Es schädigt unser Ansehen im Auslande, wenn unserer Reichsregierung gegenüber hier eine Lage, wie die jetzige dazu benutzt wird, um parlamentarische Rechte zu erstreben. Was würde man erst dazu sagen, wenn die Reichsregierung vor diesen Bundesgenossen Bebel, Richter, Windthorst, Kapitulirt. (Oh! große Unruhe links. Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Hasenclever (Sozialdem.): Ich bin allerdings überzeugt, daß unsere gestrigen Verhandlungen im Auslande insofern keinen schlechten Eindruck gemacht haben, als man erkennen konnte, daß die Majorität des Hauses den Frieden will. Aber die Rede des Reichskanzlers hat sicher überall den Eindruck hervorgebracht, daß die Regierung kriegerisch ist; Herr Deroulede hat seinen Mitter gefunden! (Gelächter, in das auch Fürst Bismarck einstimmt.) Unsere Stellung zur Vorlage ist dadurch geändert worden, daß, wie wir vom Reichskanzler gehört haben, wir von Rußland nichts zu fürchten haben. Im Gegentheil, in den Armen liegen sich beide! Preußen und Rußland, nicht zum Vortheil des Vaterlandes. Man konnte erkennen, daß alles nur darauf ausgeht, der uns liebigen französischen Republik Schwierigkeiten zu bereiten. Das französische Volk, wenigstens die Sozialdemokratie, will keinen Krieg; haben doch die Sozialdemokraten im französischen Parlament den Antrag auf Abrüstung gestellt, denn sie sind friedfertig wie auch die Sozialdemokraten in Deutschland. Man wirft unseren Arbeitern vor, sie hätten keinen Patriotismus. Aber das, was jene Herren unter Liebe zum Vaterlande verstehen, zu haben, wird dem Volke schwer gemacht; wird es doch auf jede Weise durch die Sozialistengesetze und die Antikamern (Große Heiterkeit.) Die Drohungen der Regierung lassen uns kalt; wir wollen gerade die Aufhebung, denn am liebsten wären uns einjährige Legislaturperioden. Wenn Fürst Bismarck erklärt hat, die, welche das Vaterland eventuell in Gefahr bringen, müssen zur Verantwortung gezogen werden können, so soll er jene Leute nur in seiner Umgebung suchen. Von seiner Umgebung aus ist das größte Unglück über das Volk gebracht worden, gegen welches ein Krieg noch nicht das schlimmste ist. Der Reichskanzler meint, das Septennat wäre nothwendig, weil nach drei Jahren zwar das Centrum und die Freisinnigen eine neue Vorlage bewilligen würden, nicht aber die Sozialdemokraten, die ja dann die Majorität haben könnten. Das ist ein Irrthum, die Sozialdemokraten würden eine solche Vorlage nicht ablehnen, denn wenn wir die Majorität hätten, würde die Vorlage gar nicht eingebracht werden (Große Heiterkeit.) Der Reichskanzler fürchtet so sehr, daß das Heer ein Parlamentsheer werden könnte. Wir haben aber doch schon ein Parlamentsheer, und ist diese etwas darum schlechter? Die Rede des Reichskanzlers wird allein die Wirkung haben, daß der französische Kriegsmilitär in der französischen Nationalversammlung noch weit mehr durchsetzen wird, als ohne dies geschehen wäre. Der Reichskanzler hat gegen uns einen Ton angeschlagen, den sich ein anderes Parlament nicht würde gefallen lassen; in einem anderen Lande würde es nicht gestattet werden, daß ein Mann, der das Parlament so behandelt, auf seinem Posten bleibt.

Vizepräsident v. Franckenstein (unterbrechend): Die letzten Aeußerungen des Redners scheinen mir unzulässig. Ich rufe ihn zur Ordnung.

Abg. Hasenclever (fortfahrend): Man beruft sich für die Vorlage auf die gestrige Rede des Grafen Moltke. Ich muß aber sagen, daß die Rede, welche Graf Moltke, auf dessen Aeußerungen ich auch großen Werth lege, bei der ersten Lesung dieser Vorlage gehalten hat, auf mich einen tieferen Eindruck gemacht hat, als die gestrige, weil sie weit mehr den Ton der inneren Ueberzeugung an sich trug. Damals sagte Graf Moltke, daß der eiserne Panzer, welcher durch die allgemeine Rüstung um alle Staaten gelegt sei, immer drückender werde, und daß er so unenträglich zu werden drohe, daß nichts übrig bleibe, als ihn zu zerbrechen. Wenn nun Herr Graf Moltke sagt, wenn wir die Vorlage ablehnen, würde der Krieg eintreten, so glaube ich gerade das Gegenheil. Wenn wir nicht bewilligen, werden die anderen Nationen beruhigt werden und nicht weiter so wahnwitzig aufrufen. Auch Frankreich wird befähigt werden, und die Russen sind ja unsere lieben Brüder. So kostbare Kulturmissionen sollen an der Kulturentwicklung gemeinsam arbeiten, aber nicht sich wie zwei bewaffnete Ritter des Alterthums (Heiterkeit) gegenüberstellen. Gehen Sie nichts auf die so genannten Entlastungsfragen gegen das Centrum, das ja jeden Mann und jeden Groschen bewilligen will, und gegen die Deutschfreisinnigen, welche doch an dem Septennat mit Schuld sind. Das deutsche Volk will diese Entlastungen, diese Mädelerei elenderer Art gar nicht haben, es fürchtet sich gar nicht so sehr. Die Deutschfreisinnigen haben ja die Friedenspräsenzstärke um 27000 Mann erhöht und das nennt man nun: das Land wehrlos machen wollen! Die Regierung will uns bloß granatlich machen (Widerpruch rechts), ich weiß das besser. (Heiterkeit.) Durch die Erhöhung sollen nur die Räder der Reaktion wieder in die Hand genommen werden; das ist der Kern der Vorlage (Widerpruch und Lachen rechts), die sich nicht nach außen, sondern ebenso wie das Sozialistengesetz und die ganze Antikamerei (Rechts) gegen die Arbeiter richtet. Das liegt mir auf dem Herzen und das muß heraus. — Auch in Halle, meinem Wohnort, haben Entlastungs-Versammlungen stattgefunden, und als ich eine Versammlung abhalten wollte, um das Volk aufzuklären, wurde sie verboten. Die Sozialdemokraten, welche in den Entlastungsversammlungen Diskussion verlangten, wurden von dem Böbel in Glacéhandschuhen mit Hilfe der Polizei hinausgeworfen. (Heiterkeit.) Hier in Berlin in der Versammlung auf Abse wurde auch keine Diskussion zugelassen, und die, welche sie verlangten, wurden auch von dem Böbel in Glacéhandschuhen gehalten, so daß sogar eine konservative, die „Staatsbürger-Ztg.“ schrieb: „Bei der Meinung des Saales mußten die Sozialdemokraten trotz der begleitenden Schulkleute Spektakel spielen; manchmal war es ausgiebig, diese Jüchtlungen mit anzusehen.“ Durch solche Anekdote wird nur der Krieg im Frieden provoziert, und wenn man diese Hausereien betrachtet, muß das Menschenherz erschüttert werden. (Lachen rechts.) In Mexiko, wo es nur zwei Parteien giebt, die sozialdemokratische und die vereinigte Ordnungspartei, bestehend aus den Konservativen und Nationalliberalen, wurde angeblich eine Entlastungsresolution von allen Parteien gefaßt. Eine Gegenversammlung, die mein Freund Stolle abhalten wollte, wurde verboten auf Grund des Sozialistengesetzes. Ein großer Theil der württembergischen Petitionen zu Gunsten der Vorlage ist dadurch zu Grunde gekommen, daß von den protestantischen Ranzeln herab während der Festtage ein Anruf verläutet wurde. Die Prediger der Bruder- und Menschenliebe fordern zum Kampfe von der Kanzel aus auf und degradiren dadurch ihre Religion. In den Fabriken sind die Leute gezwungen worden, wenn sie nicht entlassen werden wollten, die Petition zu unterschreiben. Unter solchen Umständen haben die Petitionen gerade eine ungekehrte Wirkung, aber nicht die von spontanen Aeußerungen des Volkes. Die hier in der Werbestraße einberufene Versammlung wurde von dem konservativen Leiter angeblich wegen falscher polizeilicher Anmeldung sofort wieder aufgehoben; ler sah nämlich, daß durch die große Anzahl der anwesenden Sozialdemokraten oder vielmehr des arbeitenden Volkes — man kann ihnen den Sozialdemokraten doch nicht an der Nase ansehen — Gefahr für die Versammlung zu drohen schien. An solchen kleinen formellen Fehlern zeigt sich doch sonst ein konservativer Mann nicht, denn die Polizei drückt doch bei konservativen Versammlungen gern ein Auge zu. (Auf links: Zwei.) Ja, zwei! (Heiterkeit.) Ganz junge Leute haben an diesen Ent-

lastungsversammlungen theilgenommen, ja sogar, wie behauptet Offiziere in Civil; jedenfalls konnte man an den Konversationen merken, daß die sogenannten Gebildeten die Handflächen verkrampft haben. Doch ich will mich darauf nicht weiter einlassen, sondern an eine historische Thatsache erinnern. Daran werden Sie dann sehen, wie die Leute, die jetzt in Entlastung machen, sich abgeben, wenn das Vaterland in Gefahr ist. Im Jahre 1870, als wir den Krieg mit Frankreich begannen, wurde im Norddeutschen Reichstage eine Anleihe von 120 Millionen bewilligt. Da war nicht Einer in diesem Reichstage, der gegen die Anleihe gestimmt hätte. Als nun aber die Herren Kapitalisten und sonstige Entwürfer die Anleihe zeichnen wollten, da fehlten 33 Millionen Thaler. Die Herren waren also patriotisch und kriegslustig, aber hernach waren sie nicht dabei. Und dabei war Geld genug im Lande. Als die Schlacht bei Sedan geschlagen war und wir nichts mehr zu fürchten hatten, — ich habe dagegen gestimmt, weil mir das Blutvergießen genug war — wurde die zweite Anleihe von 150 Millionen innerhalb drei Tagen abgesetzt von den Leuten, die jetzt in Patriotismus gemacht haben und die daneben noch ca. 11 Proz. in die Tasche stecken. Das ist der Patriotismus, der sich auch jetzt breit macht. Es handelt sich immer darum, die bestehenden Elemente durch den Patriotismus auf ihrer Höhe zu erhalten. Ich bin vielleicht das einzige Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft, das gegenwärtig noch lebt, welches damals als Landwehrmann nach Frankreich mußte. Weil ich nun meinem Herzen Gerechtigkeit und bei der Abstimmung im Reichstage gegen die zweite Anleihe gestimmt hatte, kam es auch zum Entlastungssturm. Die Herren entschloßen sich nicht, gemäßigten einen Urakbrief gegen mich an Se. Majestät den König von Preußen zu schreiben. Solche Entlastungen zeigen von Demoralisation, die vielfach besonders in den bestehenden Kreisen herrscht. Dieser Entlastungsbrief kam natürlich auch, da ihn die Presse veröffentlichte, in die französischen Zeitungen und so war in Frankreich ein angesehenes Mann. (Heiterkeit.) Solche Sache kommen vor; Jeder ist Vaterlandsverräter, der anderer Meinung ist. Die regierungsfreundlichen Parteien, die Nationalliberalen und Konservativen haben in diesen Tagen mehr an Verheißungen geleistet, als jemals andere Parteien. (Sehr richtig, links.)

Dann möchte ich noch eine historische Erinnerung anführen, die Sie vielleicht interessieren wird. Ich bin gestern erpicht gewesen, daß der Reichskanzler die russische Gefahr als völlig nicht vorhanden hinstellte. Dadurch ist unsere Stellung noch vielfach erleichtert worden. Man hat im Lande immer auf die russische Gefahr aufmerksam gemacht. Das thut man bei allen Fragen, wenn man hier Mehrforderungen verlangt. So ist es auch gewesen bei der Vorlage für den Nordostseefanal, wo man meinte, daß ohne denselben unsere Marine der russischen oder sonstigen Gefahr nicht gewachsen sei. Deshalb sind auch die jetzigen Mittheilungen seinen Werth verloh. Ich halte sie nur für dazu bestimmt, den Reichstag dazu zu bringen, daß er unklug sei, aber ich meine, daß wir uns doch nicht so leicht unklug lassen sollen.

Wenn immer von Patriotismus geredet wird, so begreife ich garnicht die Wandlung der konservativen Presse, die jetzt fortwährend das Ministerium Estrup auf den Schild erhebt gegenüber der demokratischen, friebliebenden Bevölkerung, und doch erstrebt Estrup durch die Befestigung von Kopenhagen ein russisch-dänisches Bündnis, das für uns äußerst gefährlich werden kann. Das ist auch so ein Stück Patriotismus.

Ich komme zum Schluß. (Bravo rechts.) Ich wußte Ihr Bravo vorher (Heiterkeit), ich kenne Ihre Herzen. Unsere Stellung zu der Vorlage selbst hat meine Partei in der Kommission ziemlich klar dargelegt. Wir werden ja, wie es schon mein Freund Grillenberger bei der ersten Beratung gesagt hat, entgegengefaßt dem Abg. Windthorst, gegen jeden Mann und jeden Groschen stimmen. Es liegen neue Anträge von Herrn v. Stauffenberg, vom Centrum und von der Volkspartei, von Herrn Bager, von. Wir werden bei der Abstimmung in der zweiten Lesung bei allen Amendements und der Abstimmung enthalten. Wir wollen Ihren hässlichen Krieg nicht führen; für uns sind 3 oder 7 Jahre keine Prinzipienfrage. Aber wenn nun doch mal die Auflösung sein soll, wie wir es gestern aus dem Munde des gewollten Fürsten Reichskanzlers gehört haben, dann bin ich der Meinung, daß man doch im Allgemeinen die Opposition nicht erschweren soll; denn wenn wir auch sonst mit der Opposition nichts zu thun haben wollen, lieber als Sie (zur Rechten) ist sie und doch (Heiterkeit). Wir werden in Folge dessen für die 3 Jahre des Eventualantrags Stauffenberg stimmen, damit die Vorlage so zur dritten Lesung kommt. Dann aber ist es selbstverständlich, daß wir, selbst auf die Gefahr hin, mit Ihnen (rechts) zusammen zu stimmen, gegen die Vorlage, in welcher Form sie auch sei, stimmen. Dann gewähren wir der Regierung, gar nichts, und dann löst sie einfach auf. (Heiterkeit.) Ja, ich glaube, daß ich richtig kalküle. Ich sage, daß die ganze Vorlage meiner Partei so vorkommt, wie ich es vorhin geschildert habe, daß sie nur das Grundrecht sein soll, auf welches die Reaktion immer mehr hindrängt. Völkerverdrängung und Volkunterdrückung das ist der Sinn der ganzen Vorlage, und jeder Mann, der noch Manneseth hat, stimmt dagegen.

Kriegsminister von Bismarck: Sie werden nicht erwarten, daß ich auf die Aeußerungen des letzten Redners eingehe, selbst die angeblich in Civil entkräfteten Offiziere geben mir keinen Anlaß dazu. Ich werde daher nur auf diejenigen Redner eingehen, welche getrennt gegen die Vorlage gesprochen haben. Beide Herren, der Abg. Behr von Stauffenberg und der Abg. Dr. Windthorst haben an der Spitze ihrer Ausführungen das Bedürfnis entwickelt, daß im Lande über die Verhandlungen der Kommission und über die Zwecke und Ziele der Vorlage vermittelte Punkte nicht geschaffen werden. Dieses Bedürfnis empfand ich in um so höherem Maße, als ich leider bemerken muß, daß die Ausführungen, die wir gestern gehört haben, kein richtiges und zutreffendes Bild von den Kommissionenverhandlungen gegeben haben.

Was zunächst den Abg. von Stauffenberg anbelangt, so hat derselbe unter Berufung auf meine Autorität hier gewisse Dinge, auf die ich näher eingehen werde, so hingestellt, als ob wirklich eine Berechtigung vorhanden wäre, sich dagegen auszusprechen. Er hat gesagt, daß die provisorische Bewilligung der vierzehn Bataillone auf Aeußerungen von mir begründet wären, und hat Ihnen, den entsprechenden Passus aus dem Kommissionsbericht vorgelesen. Der Vollständigkeit wegen, die aber damals nicht erzielt worden ist, lese ich Ihnen einen anderen Passus vor, wodurch das Gegentheil von dem nachgewiesen wird, was der Abg. von Stauffenberg gesagt hat. Da heißt es auf Seite 35: „Der Vertreter der Militärverwaltung wandte sich sodann zur Verhandlung der Frage der 16 Bataillone und der Dauer der Bewilligung, sowie der eventuellen Rückbildung, indem er hervorhob, er habe bei allen seinen bisherigen Darlegungen niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß die Kriegsverwaltung nach den gegebenen Verhältnissen nicht wohl in kürzerer Frist als den 7 Jahren, zu einer Rückbildung übergehen werde. Die Militärverwaltung sei gar nicht im Stande, auf ein Jahr Kadres zu bilden, daraus ergebe sich, daß die Bewilligung auf ein Jahr gar nichts nützen könne.“ Ich habe den Ausdruck „provisorisch“, wie ihn der Abg. von Stauffenberg richtig citirt hat, in einem gewissen beschränkten Sinne gebraucht. Weil dieser Punkt hier nun auf Grund meiner Aeußerungen gegen die Vorlage der verbündeten Regierungen ausgebeutet werden soll, will ich noch einmal genau hervorheben, welche Gesichtspunkte uns bei der Ausarbeitung der Vorlage geleitet haben, und es wird dann auch daraus hervorgehen, daß verschiedene andere Punkte, die der Herr Abgeordnete nach meiner Meinung miß-

verhältnißmäßig vorgeführt hat, eine andere Bedeutung haben. Wir haben in der Militärverwaltung in pflichtmäßiger Verfolgung der Heeresentwicklung der benachbarten Staaten die Ueberzeugung gewonnen, daß die Heeresmacht der deutschen Reiches nicht mehr ausreichen wird in den nächsten Jahren beifertigste Entwicklung namentlich der französischen Heeresveränderungen ziffermäßig nicht ausreichte wäre, um eventuell der feindlichen Macht gemessen zu sein. Ich schalte hier gleich einige Worte ein über die Bedeutung der Ziffer. Es ist gemein bekannt, daß ein ziffermäßiger Vergleich für unrichtig, man wüßte vor allen Dingen die Qualität im Auge behalten, und es sind dabei gewisse zweifelnde Bemerkungen über das deutsche Heer daran geknüpft worden. Ich habe in der Kommission über ähnlichen Ausführungen begegnet, und auch schon in der ersten Sitzung ist ebenso gesprochen worden. Es geht bei einer Betrachtung der Verhältnisse in den verschiedenen Armeen heututage einen einzigen festen Punkt und das ist die Berechnung der Ziffer. Daß die Ziffer überhaupt einen sehr erheblichen Werth hat, ist eine in der ganzen Kriegswissenschaft anerkannte Sache. Friedrich der Große sagte einmal zu seinen Generalen: „Nicht zur Schmach das letzte Bataillon heran, denn man kann zum Gefecht nie stark genug sein.“ Darum, weil so Vieles in der Kriegskunst zweifelhaft und wandelbar ist, thun wir recht, wenn wir das einzige feste Moment bewahren. Dazu kommt, daß in früheren Zeiten die Organisation der Armeen sehr verschiedenartig war, die Bewaffnung, Ausbildung etc., daß es jetzt aber zwar momentan einen Vorsprung geben kann, daß aber jede wirklich gute Einrichtung einer Armee in sehr kurzer Zeit Gemeingut aller Armeen wird: weshalb ist das doch von den feindlichen Armeen in Europa zu behaupten. Wir hatten und also überzeugt, daß wir in der Affäre heruntergehen und in nicht langer Zeit noch weiter zurückgehen müssen. Darum hat sich und die Revision entwickelt: Wie stark müssen wir sein, um einem Nachbar — als welchen ich ungeachtet Frankreich bezeichne — gewachsen zu sein? Dann fragten wir uns: Wie steht denn nun diese Zahl in Verhältnis zu der Bevölkerungsziffer in Deutschland? Darauf haben wir uns gesagt: Diese Zahl übersteigt ein Prozent der Bevölkerung Deutschlands. Um nun jeder Reklamation in Bezug auf die Vergangenheit vorzugeben, sagten wir uns: Wir wollen dieses eine Prozent nicht überschreiten. So ist diese Zahl entstanden, dieses eine Prozent. Um Vorwürfe zu vermeiden, haben wir uns mit diesem 1 Prozent gegeben. Auf dieser Grundlage ist weiter die Frage entstanden: Wie ist nun diese Summe zu verwenden im Interesse der verschiedenen Waffen? Daraus ist entstanden, was Sie in der Vorlage sehen, die Verteilung auf die verschiedenen Waffen. Nun kommt die Verteilung auf die Infanterie. Da haben wir uns wieder gesagt, wie es überhaupt unser Grundfah ist — Wir wollen die Sache so billig als möglich einrichten. Darauf sagten wir uns: Das billigste ist: wir verstärken die vorhandenen Kadres, dadurch entsteht nur ein Mehrbedarf für die Mannschaften. Wir haben uns aber auch gesagt: Wie ist ein sehr erheblicher Nutzen zu erwarten, wenn wir eine Verstärkung der vorhandenen Kadres eintreten lassen? Bei einer Zusammenfassung dieser Kadres in höhere taktische Verbände. Auf dieser Grundlage sind die beiden Divisionen entstanden. Dann sagten wir uns: Wir haben erhebliche lokale Bedürfnisse an den Grenzen zu befriedigen. Aus diesen Bedürfnissen sind die 15 vierten Bataillone entstanden. Und dann sagten wir uns: Was nun übrig bleibt, benutzen wir zur Erhöhung der vorhandenen Kadres. Da möchte ich nun wissen, wie aus diesem Vorgehen und namentlich aus dem Endresultat, daß Kadres-Verstärkungen vorkommen, und ein Vorwurf gemacht werden kann! Im Gegentheil, wenn wir wirklich bei der Ausarbeitung dieser Vorlage ein über unsere unmittelbare Pflicht hinausgehendes Verdienst in Anspruch nehmen können, so ist es dies, daß wir anständig und ehrlich bemerkt gewesen sind, die Vorlage innerhalb der engsten finanziellen Grenzen zu halten.

Der Abg. von Stauffenberg hat dann gesagt, in der Vorlage, wie sie gegenwärtig gemacht wurde, läge eine Verkürzung, wenn auch nicht eine Gefährdung, der aktiven Dienstzeit. Das ist nicht richtig. Es findet gar kein Herankommen der Dienstzeit statt, außer für zwei Jahre des Uebergangs. Wie Sie es auch anstellen wollen, es ergibt sich immer ein Uebergangsdilemma! Im Uebrigen habe ich meine Bereitwilligkeit erklärt, daß nach Möglichkeit privaten Interessen entsprochen werden soll, und es ist also eine Verlängerung der aktiven Dienstzeit in keiner Weise beabsichtigt. Ich habe dies in aller Bestimmtheit erklärt. Wie der Herr Abgeordnete dazu kommt, zu sagen, es sei doch der Fall, begreife ich nicht, es sei denn, daß er das Aufwerfen der Manquevements-Frage bei der Kanonerie gemeint hat. Davon ist aber in der Vorlage gar keine Rede.

Der Abgeordnete hat noch davon gesprochen — und das ist ja ein Punkt, auf den nachher auch der Abgeordnete Windthorst verwiesen hat — daß durch die Vermehrung der Friedenspräsenzstärke eine Störung der Erwerbsfähigkeit des Einzelnen eintrete. Das soll aber gar nicht in erhöhtem Maße geschehen gegen bisher, da wir an 1 Prozent der Bevölkerung festhalten. Und was die Verkürzung der Dienstzeit betrifft, die der Herr Abgeordnete thatsächlich mit seinem Antrag erstrebt, so kann ich nur sagen, ob das ein Moment ist, das in die Wagschale geworfen werden soll bei der Annahme dieser Vorlage, die unter Umständen doch eine dringende ist. Ob der Umstand, daß jemand 28½ Monate oder 26½ Monate aus seinem Erwerbsleben herausgerissen wird, ein so erhebliches Ausmaß, scheint mir doch sehr zweifelhaft. Es mag sein, daß die Leute etwas an ihrer Erwerbsfähigkeit einbüßen; aber sie kennen doch sehr viel anderes, was für ihr praktisches Leben sehr wichtig ist (Sehr richtig! rechts): Reinlichkeit, Ordnung, Respekt vor dem Gesetz. Das sind eine Masse von Dingen, die sehr nützlich und notwendig sind. (Sehr wahr! rechts.) Damit will ich aber gar nicht allein die Festhaltung an unserer augenblicklichen gesetzlichen Dienstzeit rechtfertigen. Wenn sie von anderer Seite bestritten wird, bin ich bereit, in jedem Augenblick die Frage der zweijährigen Dienstzeit mit Ihnen im größten Stille zu erörtern.

Der Herr Abgeordnete hat dann gesagt, mit einem gewissen Appell an die verbündeten Regierungen, die Unterschiede, welche in den Aufstellungen der verbündeten Regierungen und der Majorität des Reichstages hervortreten, wären ja jetzt ganz minimal. Das ist eben der Unterschied unserer Auffassung, wir halten diese Unterschiede für sehr wichtig! Wenn der Herr Abgeordnete sie aber für minimal hält, so hätte er doch alle Beanstandungen von seinem Standpunkte aus, diese Unterschiede fallen zu lassen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist doch ganz klar! Wir haben eben eine andere Auffassung. Daß eine andere Auffassung möglich ist, will ich Ihnen mit wenigen Worten andeuten. Ich behandle zunächst den Antrag des Abg. von Stauffenberg. Sie bewilligen uns auf ein Jahr zwei Drittel des Verlangten, auf die folgenden zwei Jahre ein Drittel, in den nächsten vier Jahren gar nichts. Das können wir für minimale Unterschiede nicht halten, ganz abgesehen von der konstitutionellen Frage des Septennats. Das ist doch eben der Zweck der ganzen Vorlage, daß wir dauernd und auf längere Zeit sicher sind, eine erhöhte Friedenspräsenzstärke vornehmen zu dürfen, um zu einer erhöhten Kriegsstärke zu gelangen, und zwar ohne Verschlechterung der Qualität. Wenn die wurde entschieden eintreten, wenn wir die Dienstzeit der Infanterie verkürzen wollten.

Nun wende ich mich zu den Ausführungen des Abg. Windthorst. Derselbe hat die finanzielle Belastung des Reiches hervorgehoben, auch die persönliche. Das kann ich alles Beides gar nicht leugnen, denn es steht vor aller Augen, aber er hat auch von der nicht völligen Freiheit der finanziellen Deckung gesprochen. Dem gegenüber muß ich Ihnen mit einem Gleichnis kommen. Wenn irgend Jemand von einer Nachbarstadt angegriffen oder bedroht wird, dann greift er doch nicht in die Tasche, macht das Vortrommeln auf und steht, wie viel bares Geld erbringt, sondern er wird nach der Waffensache und wenn er diese nicht besitzt, sondern sich irgendwo beschaffen, ja selbst kaufen oder das Geld dazu leihen muß, so wird er, wenn er sonst eine Verleumdung erweckende Verbalität ist, daselbe erhalten, es wird ihm sogar geschenkt werden. Warum soll es nun nicht auch dem deutschen Reich geschenkt werden, wenn es Waffen braucht und das bare Geld nicht da ist. Daß wir in dem Maße etwa bankrott wären, daß wir gar nicht bezahlen könnten, ist doch bis jetzt noch von keiner Seite behauptet worden, sondern nur die Frage aufgeworfen worden, wie es bezahlt werden soll.

Wenn Sie sagen, wir können das nicht mehr bezahlen, nicht mehr persönlich leisten, dann sollten wir überhaupt gleich suchen, uns mit einer niedrigeren Stellung in der Welt zu begnügen, das wäre doch die einfache Konsequenz. Aber so lange wir können, so lange müssen wir den persönlichen Dienst leisten und auch zahlen, so gut wie die Franzosen es thun, welche die höhere finanzielle Lasten tragen. Es ist denn, Sie sagten den Franzosen, wir können nicht mehr mit; ich denke aber, daß deutsche Reich nicht aufhören, auf diesem Gebiete mit Frankreich Kopf an Kopf gehen zu wollen. (Beifall rechts.) Ich habe nun noch die Frage des Septennats zu vertheiligen, natürlich unter dem militärischen Gesichtspunkte. Es ist, glaube ich, kein Offizier von einiger Dienstjahrsführung in der Armee, der Ihnen auf Ihre Frage nicht sagen würde: Formationen auf ein Jahr zu machen ist ein militärischer Non sens. Was soll denn ein Hauptmann denken, dem eine Kompanie gegeben wird mit der Aussicht, daß sie nach einem Jahre wieder aufgelöst wird, was soll er für Maßregeln treffen zur Sicherstellung seines Unteroffizier-Korps, was für Pläne machen für die Ausbildung der Kompanie, er steht vor einem absoluten Fragezeichen. Und alle diese Erwägungen würden notwendigerweise auf die dienstliche Thätigkeit zurückwirken, würden diesen Truppenteilen von Hause aus den Stempel nicht vollgültiger Truppenteile aufdrücken. Man würde sagen, was ist das für ein Bataillon, das im nächsten Jahre vielleicht wieder aufgelöst wird? Es würde sich Niemandem angenehm fühlen in einem solchen zu stehen; selbst die ausgeübten Rekruten würden doch lieber beim ersten, zweiten und dritten Bataillon stehen wollen, als bei diesem vierten. Unterthänig Sie doch diese Sache ja nicht; es ist sehr wichtig, daß der Offizier und der Soldat gern bei der Truppe steht mit Aussicht auf dauernden Erfolg. Wo ist diese Aussicht dauernden Erfolges? Ich könnte den Vergleich noch viel weiter ausdehnen. Nun wird gesagt, die Gefahr, welche ich Ihnen andeute, besteht nicht, es würde bei einem jährlichen Etat Alles sehr schön gehen, Regierung und Armee würden sich selbst am besten stehen. Ich antworte Ihnen hierauf mit dem bekannten Worte: „Die Volkssache hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, und besonders fehlt er mir, wenn ich die Anträge sehe, welche hier gestellt sind. In dem einen heißt es z. B.: „Die ordentliche Rekruteneinstellung bei der Infanterie erfolgt im Januar, sofern nicht bei der Etatsfeststellung ein früherer Termin vereinbart wird.“ Hierin liegt doch der Keim höchst unangenehmer weiterer Differenzen: Sie wollen zur Regel machen, daß die Rekruteneinstellung 2 Monate später erfolgt, obgleich in der Kommission ausführlich dargelegt ist, daß wir dies absolut nicht thun können, daß wir leider in der Zeit des Jahresanfangs, in einer Zeit des exorbitanten Rothstandes, zu dieser Maßregel gezwungen, daß alle Offiziere der Armee sich dagegen aussprechen. Wir verlieren dadurch mehr als 2 Monate, weil die Monate Januar und Februar die schlechtesten zur Ausbildung im Detail sind; wir würden eben stets genötigt sein, Ihnen nam dem Wortlaut des Antrages bei jedem Statgesetze gleich den Vorschlag zu machen, daß wir stets die Rekruten im November einstellen. Auf die Verhältnisse der anderen Staaten ist dabei in sehr irriger Weise Bezug genommen worden. Das England betrifft, so sind doch die Verhältnisse des dortigen Parlaments von denen des Reichstages so überaus verschieden, daß, wenn man auf England exemplifiziert, man auch diese berücksichtigen muß. Diefelben sind aber derartig, daß die verbündeten Regierungen niemals auf solche eingehen können. In Oesterreich besteht allerdings keine gesetzliche Friedenspräsenzstärke, aber es wird doch alle 10 Jahre die Kriegsstärke festgelegt, und dadurch ergibt sich im Wege der Kalkulation die Friedenspräsenzstärke, welche doch zur Grundlage der Etatsaufstellung dient, ohne jemals angefochten zu werden. In Frankreich nun, wird gesagt, werde der Etat der Friedenspräsenzstärke jährlich festgelegt. Das Gesetz, welches jetzt dort vorliegt, bringt ja in seinen Motiven und Beilagen ganz klar die Feststellung der Friedenspräsenz. Der Verfasser dieses Entwurfs, der gegenwärtige französische Kriegsminister ist bestritt gewesen, das Recht zu haben, daß die Durchführung des Gesetzes das Land nicht in höherem Maße finanziell belasten würde, als es jetzt der Fall ist. Glauben Sie, daß, wenn dieses Gesetz durchgeht, jemals ein französisches Parlament kommen würde und sagen: „Wir verlangen, daß Du noch eine geringere Stärke annimmst, damit wir ersparnisse machen können.“ Ich bin der Ansicht, daß das Gesetz der französischen Militär-Verwaltung ganz entschieden bis zur Vereinbarung einer anderen gesetzlichen Grundlage, das was wir als Friedenspräsenzstärke verlangen, vollständig gewährt. Wir sind ja im Studium dieses Entwurfs — was unsere Pflicht ist — sehr weit gegangen: ich kann, offen gesagt, nicht finden, und ich muß es vorläufig als das Geheimniß meines Heren Kollegen in Paris betrachten, wie er ohne finanzielle Mehrbelastung es durchführen will, wie er bei dieser erheblich vermehrten Rekruteneinstellung und hohen Präsenzstärken und bei Reduktion der Dienstzeit der Armee auf praeterpropter 2½ Jahre, — wie er da mit dem jetzigen Armeebudget auskommen will. Da giebt es nur Vermuthungen, die ich anstellen darf und die auch eine gewisse Begründung haben. Einmal kann eine erhebliche Reduktion des Offiziersstandes und der dafür ausgeworfenen 10 Millionen Franken — natürlich nicht im Moment, wo das Gesetz in Kraft tritt, sondern nach und nach — eintreten. Die 10 Millionen stehen da, aber sie sind nicht in Rechnung gestellt bei Aufstellung des finanziellen Gleichgewichts, sie werden natürlich erst weiter abgebaut werden müssen. Was wird nun mit diesen Erisparnissen? Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annehme, sie werden dienen zur Durchführung der dort geplanten Organisation. Das würde auch nicht wunderbar sein. Das französische Militärbudget kennt, ob streng gesagt, will ich dahin gestellt sein lassen, aber thatsächlich eine größere Freiheit der Rekrutements, daß Ersparnisse, die in irgend einem Kapitel gemacht werden, zu Mehrkosten in anderen verwandt werden können. Derartige Mittel besitzen wir nicht, weder nach unseren Verfassungs- und Etatsgrundsätzen, noch thatsächlich. Also, m. H., ich entnehme daraus, daß die Bezugnahme auf andere Länder, welche uns gegenübergestellt ist, indem wir an der gegenwärtigen Forderung des Septennats festhalten, nicht zutreffen. Ich muß auch ferner sagen, daß ich es nicht als wünschenswert bezeichnen kann, abgesehen von den anderen Bedenken, die gestern der Herr Reichskanzler dargelegt hat bezüglich der politischen Bedeutung der öfteren Erörterung — daß ich es auch vom militärischen Standpunkt nicht als wünschenswert bezeichnen kann, die Verhandlungen öfter zu wiederholen; nicht aus meinen persönlichen Interessen, sondern auch vor allen Dingen, weil es unendlich ist, daß durch diese mehr oder weniger in die Öffentlichkeit dringenden Verhandlungen unsere ganze militärische Situation auch für den Kriegsfall einer Untersuchung unterzogen wird, welche für die auswärtigen Mächte ganz gewiß von großem Nutzen und großem Interesse ist. Darum möchte ich auch wünschen, daß wir nicht alle Jahre diese Frage verhandeln.

Nun, m. H., sagen die Herren, die uns zu einjähriger Bewilligung oder zur dreijährigen Feststellung der Sache verlocken wollen, indem sie uns sagen: Nichts ist und nicht zu erwarten — diese Herren sagen, wir können das ruhig thun, es wird nie ein Reichstag sein, der verweigert, was notwendig ist. Da können wir mit demselben Rechte sagen: es wird auch nie eine Vertretung der verbündeten Regierungen geben, welche Ihnen mehr zumuthen wird, als unter allen Umständen erforderlich ist. Sie müssen bei den verbündeten Regierungen in höherem Grade Sachkenntnis voraussetzen und Sie können die Regierung nicht auf dem Standpunkt des Klades stellen, welches sich zu Weisungen freut, daß es von Jahr zu Jahr mehr geschenkt bekommt. In solcher Weise dürfen Sie nicht von uns denken. Was wir vorschlagen, ist das Ergebnis der aller sorgfältigsten und aller sachgemäßesten Ueberzeugung, und dann glaube ich, können wir von Ihnen, die Sie das Vertrauen von uns verlangen, daß wir ein Reichstag das Erforderliche verweigern wird, das Vertrauen verlangen, daß sich nie eine Regierung finden wird, welche von Ihnen mehr verlangt, als erforderlich ist. Wenn Sie diesen Standpunkt festhalten — und den dürfen Sie nicht verlassen — dann sind Sie im Unrecht, wenn Sie an den thatsächlich bestehenden Verhältnissen etwas ändern wollen. Wenn wir können mit der Forderung: wir wollen eine Feststellung auf eine längere Zeitperiode haben, dann könnten Sie dagegen ins Gesicht fahren: habt doch Vertrauen zu uns; was haben wir gelhan, daß über die blühende Verabredung zu uns?

Nun, m. H., sagen die Herren, die uns zu einjähriger Bewilligung oder zur dreijährigen Feststellung der Sache verlocken wollen, indem sie uns sagen: Nichts ist und nicht zu erwarten — diese Herren sagen, wir können das ruhig thun, es wird nie ein Reichstag sein, der verweigert, was notwendig ist. Da können wir mit demselben Rechte sagen: es wird auch nie eine Vertretung der verbündeten Regierungen geben, welche Ihnen mehr zumuthen wird, als unter allen Umständen erforderlich ist. Sie müssen bei den verbündeten Regierungen in höherem Grade Sachkenntnis voraussetzen und Sie können die Regierung nicht auf dem Standpunkt des Klades stellen, welches sich zu Weisungen freut, daß es von Jahr zu Jahr mehr geschenkt bekommt. In solcher Weise dürfen Sie nicht von uns denken. Was wir vorschlagen, ist das Ergebnis der aller sorgfältigsten und aller sachgemäßesten Ueberzeugung, und dann glaube ich, können wir von Ihnen, die Sie das Vertrauen von uns verlangen, daß wir ein Reichstag das Erforderliche verweigern wird, das Vertrauen verlangen, daß sich nie eine Regierung finden wird, welche von Ihnen mehr verlangt, als erforderlich ist. Wenn Sie diesen Standpunkt festhalten — und den dürfen Sie nicht verlassen — dann sind Sie im Unrecht, wenn Sie an den thatsächlich bestehenden Verhältnissen etwas ändern wollen. Wenn wir können mit der Forderung: wir wollen eine Feststellung auf eine längere Zeitperiode haben, dann könnten Sie dagegen ins Gesicht fahren: habt doch Vertrauen zu uns; was haben wir gelhan, daß über die blühende Verabredung zu uns?

hinaus jetzt anders geregelt werden soll? In solcher Lage befinden wir uns Ihnen gegenüber. Wir haben an dem bisherigen Kompromiß festgehalten (Widerstand links), obwohl vieles dagegen spricht. Mit demselben Recht können wir also verlangen, daß Sie auch an dem Kompromiß festhalten, und daß Sie diese Vorlage nicht an entgegengelegten Forderungen scheitern lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Behr-Behrenhoff (Reichspartei): Der Beweis ist durch zwingende Gründe erbracht, daß eine Vermehrung der Kriegsstärke unserer Armee deren Schlagfertigkeit bedeutend erhöht. Auch Sie erkennen dies an, Sie begreifen die Nothwendigkeit der Erhöhung und stimmen nur gegen die Bewilligung auf 7 Jahre. Das Centrum sowohl wie die freisinnige Partei wollen nur 3 Jahre bewilligen. Nun ist doch aber unzulässig, daß Deutschland sich jetzt in einer Nothlage befindet, der gegenüber nicht genug zur Sicherstellung der Schlagfertigkeit unserer Armee gethan werden kann. Wenn ich nun die Kommissionenverhandlungen betrachte, so kann ich nicht in das ich gesandete Koh einstimmen. Ist doch da so gar gesagt worden, wir sollten nur anfangen abzurufen, dann würde es Frankreich auch thun. Und doch wartet Frankreich nur auf den Moment, wo es sich stark genug fühlt, uns anzugreifen. Die Kommissionenverhandlungen ergaben schließlich nur eine Verbrüderung der Opposition gegen die höchsten Interessen der Nation; Freisinn, Centrum und Sozialdemokraten gingen Hand in Hand gegen die Regierung. Im Grunde versteht man es nicht, daß das Centrum, eine Partei, die sich kirchlich nennt, sich mit den Sozialdemokraten verbündet. (Unruhe im Centrum.) Meine politischen Freunde werden nun gegen alle vorliegenden Anträge stimmen, weil wir am Septennat festhalten wollen. Zunächst bestimmt uns dazu die Grundlage der Verfassung. Die Regierung erhält das Septennat durch einen Kompromiß. Da kein prinzipieller Grund gegen das Septennat vorliegt, so sind wir dafür. Das Ausland verfolgt unsere Verhandlungen mit besonderer Aufmerksamkeit, besonders Frankreich. Dort ist man anders gestimmt und bewilligt alles, was die Regierung zur Sicherheit des Landes verlangt. Sie sagen nun, nach 8 Jahren können wir ja wieder bewilligen, was die Regierung verlangt. Thun Sie das doch lieber gleich. Herrn Windthorst gefällt es nicht, daß wir Konserwativen die Regierungsvorlage unbedingt annehmen. Wir seien Kopfnicker, sagte er. Nun, wir sind lieber Kopfnicker der Regierung, als des Dr. Windthorst. (Beifall rechts.) Außerdem stimmen wir der Regierung zu aus der Ueberzeugung, daß sie das Mäßige und für das Vaterland allein Heilsame verlangt. Was die Opposition in Bezug auf die Armee bietet, zeigt deutlich der Antrag des Abg. Windthorst aus dem Jahre 1869, worin der Reichskanzler aufgefordert wurde, auf eine Abrüstung hinzuwirken. Ich glaube, der Reichskanzler wird damals seine volle Freude darüber gehabt haben. Schließlich hoffe ich aber doch noch, daß wir hier eine Verständigung erzielen. Vielleicht beflühen Sie sich und bewilligen alles was Noth thut in letzter Stunde. Möge die Entscheidung fallen wie sie wolle, fahre sie nur recht bald. Sagen Sie nein, so bin ich überzeugt, daß deutsche Volk wird nach dem dieser Reichstag gegangen ist, andere Männer hienerscheiden, welche den nationalen Fragen besser gerecht zu werden verstehen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Centrum): Was der Herr Reichskanzler gestern gesagt hat speziell über mich und meine politischen Freunde, das habe ich bereits außerhalb dieses Hauses in öffentlichen und offiziellen Blättern zur Genüge gelesen. Zunächst möchte ich nun darauf aufmerksam machen, daß in Hannover die Herren von der nationalliberalen Partei bei den Wahlen für die Sozialdemokraten gestimmt haben. (Stört! Stört!) Der Redner der sozialdemokratischen Partei hat Ihnen ja vorher schon gesagt, daß sie bei der Hauptabstimmung mit Ihnen zusammengehen würden; also ich gratulire Ihnen vorher zur neuen Kampagne. (Heiterkeit.) Wir werden sorgfältig überwatcht und es wird ja in den Zeitungen mitgetheilt, ob schon ein sozialdemokratischer Abgeordneter mit uns zusammen gesehen hat. Die Dinge sind so gestellt, daß auch die Sozialdemokraten hier im Reichstage vertreten sind, und ich habe gar keinen Hehl, daß ich mich über die Verhältnisse, wie sie sich herausgestellt haben, freue. (Ruf: Das glaube ich!) Denn wenn wir die Sozialdemokraten außerhalb des gesetzgebenden Körpers stellen, so würden wir sie noch mehr zu erbitterten Feinden der Gesellschaft machen. (Zustimmung.) Sie arbeiten hier mit uns, und an jedem Tage, wo sie dies thun, werden sie zahmer. (Heiterkeit.) Das gilt nicht nur von Sozialdemokraten, sondern auch von allen anderen. Das gemeinsame Arbeiten bringt eben die Menschen zusammen, während, wenn man eine Mauer um sich zieht, man hinter der Mauer viel Böses hört, ohne etwas zu erreichen. Wenn das der Fall ist, dann ist auch ganz in der Ordnung, daß man sie aufhört, damit nimmt man ihre Grundfahre nicht auf, ebenso wenig, wie ich ihre Grundfahre annehme, wenn ich mit den Herren spreche; dann sollte ich auch meinen, daß die Charaktere in öffentlichen Leben Deutschlands ausgeprägt sind und sein sollen, und ich möchte keinen Hehl daraus zu sagen, daß ich recht oft belebende Mittheilungen von den Herren bekommen habe, namentlich dann, wenn es sich um die soziale Frage handelt, die nach meinem Sentiment jetzt leider zu sehr in den Hintergrund tritt. Wenn Sie aber in der That eine gewisse Furcht vor der Sozialdemokratie haben, so seien Sie in Bezug auf die Bewilligung von Militär recht vorsichtig; denn wenn Sie die bearbeitenden Bevölkerung näher hängen, dann würden Sie finden, daß für die Sozialdemokraten nichts Beföres geschehen kann, als diese fortwährende Vermehrung des Militärs. Nun wird mir besonders oft die Ehre, neben dem Abg. Richter genannt zu werden. Ich bedauere meinen Kollegen. (Heiterkeit.) Ich habe ihm gesagt, daß er durch Nennung neben mir einen kleinen Nachschub bekommen kann (Heiterkeit), und ich weiß nicht, ob ihm dies nicht hier und da schädlich werden könnte. Was mich betrifft, so ist an mir gar nichts mehr zu verderben. (Heiterkeit.) Ich habe mich nur zu hüten, daß ich diesem und jenem guten Freunde, der mir im Stillen die Hand drückt, nicht zu ostentativ zu nahe komme, damit ich ihm seine Karriere nicht verderbe.

Jetzt komme ich zu einem Punkte, den gestern der Herr Reichskanzler noch weiter anzuspinnen sich veranlaßt gesehen hat, das ist die Stellung zu Hannover. Ich hatte die erste Uebersetzung des verehrten Herrn noch meiner Ansicht gemäÙ widerlegt, er hielt sich aber für genötigt oder geneigt, anzuführen, daß Se. Majestät der verstorbenen König Georg V., der Vetter unseres Kaisers, seiner Zeit in Frankreich eine Legion gehabt hat. Mir ist außerdem nicht bekannt, welche vertrauten Briefe in das Palais des Herrn Reichskanzler gelangt worden sind. So lange mir der Herr nicht die Aktenstücke vorlegt, die er hier angeführt hat, mache ich darauf aufmerksam, daß Se. Maj. der König Georg V. wiederholt in Nikolburg und Berlin um Verhandlungen zum Frieden gebeten hat, und daß diese Verhandlungen ihm schände abgeblieben worden sind. (Große Unruhe, Rufe rechts: „Zur Ordnung!“)

Präsident v. Weddell: Ich muß den Ausdruck, da er sich auf die damalige Reichsregierung . . . (Lebhafte Unterbrechung) der sich nur auf die preussische Regierung beziehen kann, als unparlamentarisch bezeichnen und rufe den Herrn Abgeordneten zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (fortfahrend): Es war deshalb nicht un natürlich, wenn Se. Majestät glaubte, noch im Kriege mit Preußen erhalten zu sein; und wenn er dann mit den Franzosen Bündnisse abschließen sollte, so hat er damit nur dem Beispiele Anderer Folge geleistet. Es gab hochgeachtete Männer und Regierungen von großer Bedeutung, welche, als der deutsche Bund noch bestand, bereits mit Italien Bündnisse zur Sprengung abgeschlossen; es gab Staatsmänner, welche bekanntlich nachher kein Bedenken hatten, zusammen zu konspirieren mit den Regierungen, zu deren wichtigsten Soldaten Herr Garibaldi gehörte. (Beifall im Centrum.) Es giebt Regierungen, welche aus ungarischen Soldaten, die Gefangene waren, Regionen zur Bekämpfung ihres eigenen Landesherren bilden wollten. Diese haben jetzt keine Noth, anderen solche Vorwürfe zu machen, wie sie gemacht worden sind, und ich denke, wer im Glashaule sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Sehr wahr!) Uebrigens kann ich nicht umhin, hervorzuheben, daß man noch der Lobten in solcher Weise gedenkt, daß man sie in die Debatte zieht. Ich kann mein Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß es den Hannoveranern gegenüber geschieht, die mehr als einmal berufen haben, daß sie bemüht sind, mitzuwirken im besten Sinne des Wortes. Ich brauche den Reichskanzler nur daran zu erinnern, was die Hannoveraner besonders gethan haben,

um seine Wirtschaftspolitik zu unterstützen (Auf links: Gelder) und ich darf darauf hinweisen, was jetzt in den Anträgen hier vorliegt. Ich kann mich beziehen auf die Thesen des 10. Komitees, welches wesentlich aus Hannoveranern besteht und welches im Kriege nicht zurückgeblieben hat hinter den anderen Armee-Korps. Das muß ich hervorheben und mich verlangen, daß man uns in Ruhe läßt. Es giebt Nationen, welche den bestgeordneten Feinde die Hand reichen; es giebt aber auch andere Nationen, welche glauben, nicht ruben zu können, bis sie ihre Feinde, die sie niedergeworfen haben, auch noch skapirt haben. (Große Heiterkeit.) Ich weiß auch sehr wohl, warum das geschieht; es geschieht, weil den Preussenen neuen Stoff zu geben zum Angriff auf die Welfen. Man nennt mich vorzugsweise den „Welfen“ und man behauptet, daß ich die katholischen Interessen nicht um dieser selbst willen vertrete. Darum dieses ewige Morgeln. Was zunächst die Bezeichnung Welfe betrifft: so sage ich, das ist für mich ein Ehrenname. (Beifall im Centrum.) Es ist das Geschlecht der Welfen eines der glückseligsten, welches es in Deutschland gegeben hat. Es hat deutsche Kaiser gestellt, die wir mit Achtung und Ehrfurcht gedenken; es hat in den Freiheitskriegen voll und ganz mitgewirkt und ich halte meinen, daß die, welche bei Völkerränken mit und gekämpft, heute auch noch geneigt sein sollen, dieses Geschlecht hoch zu halten. Daneben ist es verwandt mit fast allen europäischen Völkern, und ich weiß nicht, ob es zu den Gewohnheiten des Auslandigen Amtes gehört, den Mitgliedern der Hölse zu nahe zu treten. Nennen Sie mich Welfe, so viel Sie wollen, ich bin und bleibe treu meinem angestammten Königshause, so weit es meine neuen Unterthanenpflichten gestatten. Sie sprechen immer von Königstreue, und dann wollen Sie die beschimpfen, die auch Königstreue sind. Ist man nur in Berlin Königstreue oder kann man es nirgend sein? Ich war zu dieser Erwiderung genötigt, weil immer von neuem derartige Beschuldigungen entstehen. Ich habe sie ungerne gemacht, denn ich erinnere mich nicht gern an diese Dinge.

Dann hat der Reichskanzler geäußert, er hätte von mir nicht erwartet, daß ich in meinem Alter so übertrieben würde, wie ich es anfänglich gethan, indem ich sagte, es könne, als ob man nur solche Männer hierher berufen haben wollte, welche unbedingt thun, was der Reichskanzler wolle. Ich habe wohl nicht nötig, diese Behauptung weiter zu begründen. Alle Welt ist davon überzeugt, und die neu angebotene Auflösung hat wohl keinen anderen Zweck. Wenn aber der verehrte Herr meint, daß man sich vor Ueberhebung hüten möchte, so kann ich ihm dieselbe Warnung geben. Besonders hebe ich hervor die Karolinenfrage, wie wichtig die Sache war und wie schwierig die Verhältnisse mit Spanien waren, wir freuten uns alle über die Lösung und jetzt erfahren wir vom Reichskanzler, es sei nur eine Lumperei gewesen. (Heiterkeit.) Hatte man damals übertrieben oder hat man gestern übertrieben? Dann ist wieder gestern hervorgehoben worden, daß wir, und namentlich ich, Flügel sein wollten, als Graf Moltke. Ich habe wiederholt erklärt, daß mir das gar nicht einfiel und daß ich das beibehalten habe, indem ich auf dessen Autorität und auf die des Kriegsministers hin, zu dem ich nach den Verhandlungen mit ihnen ein größeres Vertrauen habe, als früher, mich überhaupt habe dazu verstehen können, das in Vordruck zu bringen, was unsere Anträge enthalten. Alle anderen Gründe sind für mich nicht vorhanden. Der Reichskanzler mag es mir nicht verdenken, wenn ich ihm sage, daß seine geistige Rede ganz dazu angethan war, uns zu veranlassen, die Vorlage zu verwerfen. Wenn wir mit Bestimmtheit erklären, daß unsererseits kein Angriff gegen Frankreich geplant werde, das habe ich mit Befriedigung gehört — daß wir nur Defensivkriege führen, das habe ich mit noch größerer Befriedigung gehört — dann bin ich der Meinung, daß zum Kriege nicht der geringste Anlaß vor. Das ist mir ungewisselhaft klar: wenn man es nicht wünscht, dann werden auch die Franzosen nicht angreifen. — (Große Unruhe) weil sie eben zu schwach sind. Zu der Annahme, daß ich Flügel sein will, ist gar kein Grund. Dann hat der Reichskanzler eine Rede von gestern wiederholt, daß, wenn man bereit wäre, an seine Stelle zu treten, dann würde man das können. Ich weiß nicht, ob derartige Redensarten ganz sich eignen an einer Stelle, die der Herr Reichskanzler einnimmt. Ich habe keine Veranlassung, etwas anderes zu sein, als ich bin, der einfache Vertreter für Meppen. (Heiterkeit.) Auf diesem Standpunkt wird meine Arbeitskraft vollkommen erschöpft. Ich habe allerdings auch Gelegenheit genug, manches Gute zu thun und zu wirken, und zu dem Guten gehört nicht an letzter Stelle, daß ich manchmal nicht ohne Erfolg Plänen des Herrn Reichskanzlers entgegengetreten bin. Allerdings gereicht mir dies nicht zur Befriedigung, im Gegenteil würde es meine größte Freude sein, immer mit ihm gehen zu können (Heiterkeit), weil er hier unter allen der Einzige ist, der mit voller Klarheit weiß, was er will, und auch die Mittel hat, es durchzuführen, die mir ja leider fehlen; ich habe nur fromme Wünsche, theoretische Erörterungen und die Sprache, die mir Gott gegeben hat, aber andere Greifmittel habe ich nicht. Diese Verhandlungen sind ernst genug, um sie mit Ruhe und ohne persönliche Angriffen zu führen. Ich habe den Kanzler nicht angegriffen, muß aber auf seine Angriffe antworten. Der Kriegsminister v. Moos hatte ganz Recht, wenn er dem Abg. Bakker sagte, er würde mit solchen persönlichen Aburteilen wegleiben, die Sache sei zu ernst. Und Bakker war mit seinen Anzweiflungen ein wahrer Waisenthrone gegen das, was gestern der Herr Reichskanzler sagte. (Heiterkeit.) Nach unseren Anträgen und nach dem des Herrn von Stauffenberg ist es keinem Zweifel unterworfen, daß wir — (Beifall) — des Abgeordneten von Korbach: jeden Mann und jeden Großen (Heiterkeit.) — ich danke dem Abgeordneten von Korbach, daß er mir mit dieser Wendung zu Hilfe kommt. Glauben Sie mir, der eine Mann und der eine Großen wird in der Wahlkampagne eine große Rolle spielen. Wir sind zu Anträgen bereit gewesen und der Eventualantrag des Abg. v. Stauffenberg wird die Majorität des Reichstags auf sich vereinigen. Es wird allerdings nur die so sehr verhasste Majorität sein, die ja schon alle erstenmaligen schönen Titel bekommen hat und jetzt noch viel mehr bekommen wird, aber wir würden uns freuen, wenn auch die anderen Herren mitgingen. Das wollen wir nicht, und darum wird es auch nur eine Majoritätsbeschlüsse sein. Die Herren weisen uns vor, wir hätten mit ihnen gehen sollen, dann könnten wir einsig sein. Gehen Sie doch mit uns, Sie sind ja die Wenigsten. (Heiterkeit.) Wenn Sie mit Ihren Argumenten zu einer dauernden Feststellung der Friedenspräsenzstärke kommen würden, so könnte ich noch davor Respekt haben, wenn Sie aber von Ihrem Aetern auf 7 Jahre kommen, so können Sie auch bis zu drei Jahren nachgeben. Nach 7 Jahren treten alle diese Erörterungen wieder ein, die Sie so gern vermeiden wollen, kurz, alles, was Sie bei 3 Jahren und 1 Jahr haben, haben Sie auch bei 7 Jahren. Unter keinen Umständen werden Sie das Argument widerlegen können, daß das ganze Marinewesen auf einjähriger Bewilligung beruht, und ich habe nie gehört, daß der Chef der Admiralität darüber irgend welche Besorgnisse geäußert hat. Irgendwo habe ich gehört, das wäre eine liberale Einrichtung. Da habe ich doch von der neuankommenden Sache eine ganz andere Ansicht; das ist nicht liberal, aber notwendig ist es, und wir sind glücklich, daß diese Ergänzung unserer Verteidigung eingetreten ist. Das ist nicht das geringste Verdienst, das wir dem deutschen Reich zu verdanken haben, daß endlich diese Flotte, die für unsere Verteidigung notwendig ist, zu Stande gekommen ist. Alle Parteien haben daran gleichmäßig mitgewirkt, die Konservativen und Liberalen und auch die Sozialdemokraten. Das ist ein Beweis, wie wenig man zu fürchten hat, daß in dieser Hinsicht Gefahr droht. Ich wiederhole: 3 Jahre, das heißt nicht: nach 3 Jahren abgehen, sondern nur aufs Neue prüfen und, wenn es nötig ist, wieder bewilligen. Wie ich erwarte, daß dann auch die Regierung in den nachfolgenden Monaten fest sein wird, so werden auch im Reichstag ebenso patriotische Männer sein. Diese Furcht ist also unbegründet. Daneben steht die Erfahrung in anderen Ländern, in England, Frankreich, Österreich, Italien, überall nur ein Jahr. Und ich wiederhole: auch in Preußen war es ein Jahr, und kein Mensch hat, als die Verfassung gemacht wurde — und es waren auch da Militärs genug dabei — irgend ein Bedenken geäußert, daß dadurch die Armee zu einer Parlamentararmee würde. Man hat die wesentlichen Momente als Wahlparole aufnehmend verloren, deshalb hat gestern der Herr Reichskanzler die Worte gegeben: Kaiserliche Armee oder Parlamentsarmee. Eine kaiserliche Armee haben wir gar nicht, wir haben eine Reichsarmee, und die Militärhoheit über das Reichsheer ist getheilt

zwischen Sr. Majestät dem Kaiser und den einzelnen Kontingenten. Die ganze Heeresleitung, das ganze Kommando bleibt beim Kaiser im Kriege und im Frieden bei dem Kaiser und den übrigen Fürsten. Keiner wagt daran. Aber die Verwaltung, die personellen, ökonomischen Verhältnisse und die Bewilligung der Ausgaben sind und bleiben Verwaltungen, an welchen der Reichstag einen wesentlichen Antheil hat, wie es früher die einzelnen Landtage vielleicht in noch höherem Maße hatten. Wenn ich in einem monarchischen Staate nach der Verfassung mitwirken habe und die von der Regierung selbst gegebenen Befugnisse geltend mache und wahre, so ist das kein Eingriff in die Rechte des Monarchen. Wenn Deutschland das Unglück hätte, die monarchische Verfassung zu verlieren, so würde es ihm ebenso ergehen, wie jetzt den Franzosen. Insbesondere ist der Thron der Hohenzollern der feste Fels, auf dem das monarchische Prinzip in Europa ruht, und wenn der erschütterte wird, so bürge ich für keinen anderen. Darum muß Jeder die Intakthaltung dieses Thrones wahren. Aber die von der Verwaltung, von der in Preußen beschworenen Verfassung gegebenen und in den einzelnen Ländern ebenfalls in der Konstitution begründeten Rechte kann und darf ich nicht aufgeben, so lange ich vom Volke hierhergeleitet bin. Wer diese Rechte des Volkes löst oder vernachlässigt, versündigt sich am Thron aus allermeisten. (Sehr wahr!) Die Geschichte beweist, daß jedes ungehörige Mitteln an dem verfassungsmäßigen Zustande sich am Thron erschreckend rächt. Das mögen die Herren bedenken, welche bereit sind, mit einer gewissen Beistimmung über Verfassungsbestimmungen hinwegzugehen.

In Bezug auf die Verwaltung ist uns der Kriegsminister verantwortlich, in Bezug auf die Kriegsherrlichkeit ist uns keiner verantwortlich. Der Kriegsherr ist nur dem Verantwortlich vor Gott. Diese Unterscheidung zu machen ist nötig, damit man uns nicht nachsagt, wir hätten die Prärogative des Thrones angetastet wollen. Was eine Parlamentararmee ist, kennen wir von England. Das englische Parlament hat sich eine Armee geschaffen, die es selbst kommandirt, und dieser Zustand war nicht zum Heile Englands. Von einer solchen Armee ist bei uns nicht die Rede. Diese Vorrede wird auch nicht verfangen. Wenn der Abgeordnete von Korbach sagt: wir kapitulieren nicht vor Bebel, Windthorst und Richter, so weiß ich nicht, was die beiden anderen für Aspirationen haben (Heiterkeit), aber ich kapituliere auch nicht. Ich habe den schätzlichen Wunsch, daß wir uns noch in letzter Stunde auf den Antrag von Stauffenberg einigen. Damit vergiebt sich die Regierung nichts und die Armee verläßt nicht in eine solche Lage und ins Schwanken, die, wie ich anerkenne, die wichtigste Institution des Staates ist. Auch eine Verögerung der Vorlage kann man uns nicht zur Last legen, wir haben jeden Tag Kommissionsstunden gehalten. Die französische Kammer ist noch immer nicht mit ihrem Militärentwurf fertig trotz monatelanger Arbeit. Warum hat uns denn die Regierung nicht eher beizugehen lassen? Wir bewilligen gern, was man von uns verlangt und ziehen keinen Mann und keinen Großen ab. (Heiterkeit.) Wir werden das Notwendige stets bewilligen und nie daran denken, das Vaterland wehrlos zu machen, wir werden Alles thun, um es gegen jeden Einfall zu verteidigen. (Stürmischer Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner sagte, wir bewilligen jeden Mann und jeden Großen auf drei Jahre. Dann werden wir zusammenkommen und sehen, ob das noch nötig ist, und wenn wir Abgeordnete finden, daß das nicht mehr der Fall ist, dann werden wir — wie er in der geistigen Rede sagte — darauf dringen, daß sie verändert werden. Der Vorredner mußte uns also zu, daß wir das Vertrauen nicht auf den guten Willen, sondern auf die militärische Einsicht des Reichstags haben sollen, der über drei Jahre hier wiederum versammelt sein wird. Weiß denn der Redner, daß die Majorität, über die er jetzt disponirt im Reichstag, eine so sichere, so unerschütterliche ist? Die jetzige oppositionelle Majorität gegen die Regierung setzt sich aus den heterogensten Elementen zusammen, und kann sehr leicht durch den Abfall eines dieser Elemente vollständig zertrümmert und zerstört werden. Wenn zum Beispiel die 25 Sozialdemokraten unter Führung des Abgeordneten — (Zurufe links: Grillenberger) — also des Abg. Grillenberger, nach der anderen Seite übergehen oder sich losagen von dieser jetzigen Majorität, wenn sie plötzlich gouvenernental werden, das macht z. B. einen Unterschied von 50 Stimmen, von 2 x 25, auf der einen Seite ab, — auf der anderen Seite zu, aber wenn wir Polen und Elässer sich losagen, so leidet die Majorität schon Schaden. Vom Centrum will ich vorläufig gar nicht reden, doch giebt es auch da Abgeordnete, deren Wähler neben dem Kulturkampf noch ganz andere eigene Angelegenheiten haben. Noch größer würde die Breche in dieser Majorität, wenn beispielsweise die fortschrittliche Gruppe ihrer Centralleitung den Gehorsam aufkündigte. Die heterogensten, unter einander widersprechendsten Elemente sind nur zufällig in der Negation, in der Abneigung gegen die Wirksamkeit der jetzigen Regierung einig. Sobald diese Einigkeit aufhört, sobald Sie irgend etwas Positives schaffen sollen, dann sind Sie gar keine Majorität, und auf diese Ihre Anweisung auf die Majorität, die ewig vorhanden sein wird, sollen wir das Vertrauen haben, welches notwendig ist, um in Ihre Hände, die Hände dieser Majorität die Verfassung über das Palladium des Reiches, zu legen? Ohne die Armee ist das Reich, ist die Ordnung in Gefahr, ohne diese Grundlage wäre das Reich, wäre die ganze Verfassung nicht zu Stande gekommen, wie ich schon gestern gesagt habe. Der Schutz des Bundes aus unsere erste Aufgabe sein. Wir können nicht zu dieser Majorität das Vertrauen haben, welches der Herr Vorredner verlangt, und können uns nicht dem aussetzen, daß schon nach 3 Jahren das rückgängig gemacht wird, was jetzt bewilligt wird. Vielleicht kommt es nach 7 Jahren ebenso. Den Zeitraum von 7 Jahren haben wir aber deshalb gewählt, weil einmal dem Artikel 60 der Verfassung Genüge geschehen mußte und so dann, weil wir ein Aeternat nicht wollen, weil es ein Ueberdauern für den Kaiser wäre in seinem Rechte der Armee gegenüber. Deshalb haben wir uns an sieben Jahre gehalten und auch nach dem Grundsatz, daß das konstitutionelle Leben eine Reihe von Kompromissen ist. Wir haben dieses Kompromiß einmal gemacht. Ich war schwer krank und lag im Bett. In meinem Krankenlager habe ich die Verhandlungen stattgefunden, sowohl mit Sr. Majestät dem Kaiser, wie mit den Abgeordneten, welche zu mir kamen. Namentlich war es der Abg. Miquel, welcher die Verhandlungen führte. Man hat mir damals nur 7 Jahre vorgelegt, geschlagen, man hätte eben so gut 11 oder 10 Jahre oder 12 vorgelegt können. Im Interesse des Friedens bin ich auf die 7 Jahre, wie sie mir entgegengebracht wurden, eingegangen, aber doch nicht irgendwie in der Ueberei, diese Konzeption immer wieder aufwärts neuer Konzeptionen zu machen. Dann könnten wir überhaupt nicht wieder zu Kompromissen kommen. Im Interesse der Kompromisse halte ich unbedingt an den 7 Jahren fest. Wir haben siebenjährige Periode gehabt, wir sind bereit, diese Periode weiter zu geben, aber auf eine Verminderung können wir nicht eingehen. Der Vorredner hat bei seinen Ausführungen mit der künftigen Majorität zu sehr gerechnet. Die Verhältnisse sind aber weder bei uns, noch in Frankreich, noch in England bei der Zerfahrenheit der Parteien so, daß eine feste Majorität irgend wie dauernd Bestand hätte. Wir haben bei uns nicht zwei große Parteien, wie sie früher in England bestanden, die Whigs und die Tories, von denen jede doch immer den Fels im Auge hatte, wenn sie in der Opposition lebte, daß sie wieder einmal an die Regierung käme, zu rechnen. Mit anderen Parteien steht es ganz anders. Wenn einmal eine Majorität künftighin ist, so ist gar kein Grund vorhanden, darauf sichere Rechnungen zu bauen. Zufällig hat die lange Dauer des Kulturkampfes im Centrum selbst Elemente von heterogener Richtung vereinigt. Sind Sie dessen sicher, daß auch das Centrum in seinem Zusammenhang fortbesteht, wenn der Kulturkampf vollständig beilegt ist? Der Abg. Windthorst ist vielleicht der Meinung, daß man das Band der Partei, an deren Spitze er steht, erhalten könne durch etwas Kulturkampf in neuer Bearbeitung. (Abg. Windthorst: nein! nein!) Nun, er hat doch von einem Kampf um die Schule gesprochen, der jenem einseitig nicht nachsehen sollte. Nun, dieses Band, das Sie verewigt hat, sind Sie darüber ganz zweifellos, daß das dauern wird? Hoffe der Abgeordnete Windthorst so sicher die Wiederkehr

der jetzigen Majorität der Neumakten? Ich möchte nur auf eine der wichtigsten Provinzen seiner Partei verweisen, auf Bayern. Der bairische Wähler ist in seiner großen Mehrheit monarchisch und katholisch gesinnt. So lange er die Befürchtung hat, daß die Rechte des Staatsoberhauptes bedroht sind, so lange er die Ueberzeugung hat, daß die katholische Kirche bedroht sei und daß dieselbe Empfindung in Rom geteilt wird, so lange wird er für Sie wählen. Wenn er aber gewissermaßen darüber werden sollte, ob die Donau, sein König und der römische Stuhl ferner diese Opposition billigt — ich weiß nicht, ob er einmal darüber zweifeln sein kann — und Sie dann dieser Wähler sicher? Auf die Haltung der verbündeten Regierungen können die Wahlen freilich gar keinen Einfluß haben. Die Regierung hat ihre Ueberzeugung festgelegt, nicht nach den Wünschen des Reichstags oder dem Ausfall der Wahl, sondern ausschließlich nach ihrem Gewissen, ihrer Pflicht, ihrer Verantwortlichkeit für die Sicherheit des deutschen Reichs, und Volks und seiner Unabhängigkeit. Diese Ermägungen werden dieselben bleiben, ob genau derselbe Reichstag mit derselben Majorität wieder vor uns tritt oder nicht. Es ist die Pflicht der Regierung, für eine Dauer der fundamentalen Institutionen unserer Verfassung, für die Dauer des Heeres zu sorgen. Die Verfassung ist auch nur durch ein Kompromiß entstanden und keine Verfassung kann ohne ein Kompromiß fungieren. Wenn Sie davon abgehen, so schaffen Sie eine Situation, die immer von neuem auf einen Konflikt notwendig hinbringt. Wenn es nach Ihren Wünschen ginge, so müßte die Regierung ihre Ueberzeugung nach dem Willen der Mehrheit des Reichstags ändern; entweder, wir sollen zugeben, daß unsere Ueberzeugung unrichtig wäre, oder aber wir sind nach wie vor von der Richtigkeit derselben durchdrungen, müßten aber vor dem Willen des Reichstags uns beugen. Das können Sie nicht von den Regierungen, namentlich nicht von so starken, mächtigen Monarchen erwarten, wie sie hier im Bunde stehen. Ich wiederhole nur, was ich gestern sagte: Sie kompromittieren sich ganz unnütz und riskieren ein Spiel, in welchem der Trumpf für Sie gar nicht dein steht, es ist für Sie gar nichts zu gewinnen.

Der Abg. Windthorst hat, um den Mangel an Schärfe in seinen Deduktionen zu verdecken, dies ausgiebig versucht, indem er mit gehobenem Ton von Volksrechten sprach, die in der Verfassung garantirt seien. Die Verfassung aber ist in diesem Fall auf unserer Seite (Zurufe links). Ich höre da einen unartikulierten Ton. Ich bin ganz bereit, was ich gestern entwickelt habe, zu wiederholen: Die Verfassung und die Sorge für das Volk ist vollständig auf unserer Seite. Der Vorredner hat um die trotz des gehobenen Tons unverkennbare Schwäche seiner Argumentation zu verdecken, auf die preussische Verfassung hingewiesen und besonders auf die Thatsache, daß sie beschworen sei. Nun, die Landesverfassungen werden bestehen bleiben. Eben Sie sind es, die dagegen aufstehen, nämlich gegen verfassungsmäßige Institutionen. (Sehr gut! rechts.) Sie wollen eine Parlamentarherrschaft, Sie wollen den Bestand einer fundamentalen Konstitution des Reiches abhängig machen von dem Willen wechselnder Majoritäten. Wenn wir gewohnt hätten beim Erlaß der Verfassung, daß wir einst einem Reichstag mit solcher Majorität gegenüber stehen würden, und daß solche Forderungen niemals aufgestellt werden würden, wenn wir gewohnt hätten, daß es einst einen Reichstag geben würde, dessen Majorität für die politischen Interessen gegen Deutsche gestimmt hat, hätten wir das vorausgesehen, dann hätten wir keinen Reichstag, hätten wir keine Verfassung. Ich habe den ersten Entwurf gemacht und bin dafür eingetreten, daß solche Rechte bewilligt wurden, weil wir das Vaterland in Gefahr sehen, wir haben aber auf eine ganz andere Haltung des Reichstags gerechnet. Die Thatsache, daß die deutsche Nation nach Jahrhunderten endlich einmal einig war in ihrer politischen Gesinnung, in ihrer Unabhängigkeit gegen das Ausland und daß endlich einmal Vertreter des ganzen deutschen Volkes ihre eigenen Angelegenheiten beraten konnten — ich glaube, daß das doch sehr erhebend wirken würde auf Leute, welche die Entbehrung aller dieser Vortheile hatten so lange auf sich wirken lassen. Ich hatte erwartet, daß wir zu einem solchen Glende wie jetzt nicht würden gelangen können. (Lebhafter Beifall rechts.) Murren links und im Centrum.) Ich habe mich geirrt und auch das Volk hat sich geirrt, wenn Sie es hierher geschickt hat. (Beifall rechts und bei den Nationalisleralen.) Also die Verfassung ist auf unserer Seite, das Volksrecht, der Volksschutz ist auf unserer Seite, wir wollen den Frieden schätzen, Sie wollen es darauf ankommen lassen, Sie sagen: So wo, vielleicht giebt es keinen Krieg, und wenn einer kommt, nun, dann müssen wir ganz gewiß liegen.

Der Abg. Windthorst hat Anstoß daran genommen, daß ich unsere Armee eine kaiserliche genannt habe. Die Unschicklichkeit dieses Ausdruckes ist mir von Hause aus klar gewesen. Ich gebe dem Abg. Windthorst ganz gern zu, daß, wenn ich von einer kaiserlichen Armee spreche, dies nicht ganz korrekt ist. Ich habe sogar gestern schon mit Jemand darüber gesprochen, daß ich mir sehr wohl bewußt bin, daß dieser Ausdruck nicht genau der Verfassung entspricht. Ich habe ihn auch nur aus sprachlichen Rücksichten gebildet. Auf jeden Fall muß ich sagen, wenn ich mich so ausgedrückt hätte, die königlich preussische und königlich bairische und königlich württembergische und königlich sächsische Armee, die zusammen die Reichsarmee bilden, so würde ich Sie unnötig ermüden. Ich hätte sie eine monarchische nennen können, aber wir haben viele Monarchen in Deutschland. Außerdem könnte das den Eindruck erwecken, als wenn ich die Armee als Stütze der Monarchie gegen die Demokratie oder sonst gegen jemand hätte bezeichnen wollen. Kurz, ich bleibe dabei, ich werde auch fernerhin den Ausdruck „kaiserliche Armee“ gebrauchen — der Abgeordnete möge es mir nicht übel nehmen. Außerdem wird die Armee auch unter gewissen Umständen eine rein kaiserliche, einmal, sobald Krieg eutritt, dann namentlich sobald von der Feststellung der Weisungssphäre die Rede ist. Nach Artikel 60, erstes Alinea, hat der Kaiser die Befehlsgewalt — ich habe das schon früher gesagt — über die Weisungssphäre der Kontingente des Reichsheeres zu bestimmen. Das ist eine konstitutionelle Funktion in Bezug auf das ganze deutsche Heer. Dem Abgeordneten ist vielleicht entfallen, daß das in der Verfassung steht. Es ist ihm überhaupt ein fleißigeres Studium derselben zu empfehlen. Wenn er die Verfassung öfter sich vorlesen ließe (Heiterkeit), würde er nicht auf den Gedanken kommen, daß er die Verfassung auf seiner Seite hätte.

Dann hat der Abg. Windthorst mir vorgeworfen, daß ich gerade ihn angegriffen hätte. Ich habe seinen Namen, so viel ich mich erinnere, immer nur genannt als Parteiführer. Das ist auch wesentlich ein Bedürfnis der praktischen Kurze. Wenn ich „Windthorst“ sage oder „Partei Windthorst“, so meine ich immer Herrn Richter mit. (Große Heiterkeit.) Ich kann nicht immer alle, die ihm folgen, aufzählen, ich weiß nicht alle auswendig. (Heiterkeit.) Also ich bitte mir auch ferner die Kurze zu gestatten, daß ich die gesamte heutige Opposition, die ja zum Theil Hospitanten des Centrum sind, also zu nennen, und die Elsäß-Katholiken, soweit sie nicht konvertirt sind (Heiterkeit), die Sozialdemokraten, die Volkspartei unter dem Namen des Führers der Opposition zu bezeichnen. Der Herr Abgeordnete hat nachher dagegen protestirt, daß er zusammen mit den Sozialdemokraten und dem Abg. Grillenberger genannt worden ist, und hat gesagt, er verkehre zwar sehr freundschaftlich mit ihnen (Abg. Windthorst: Habe ich nicht gesagt), aber er wünsche nicht, mit ihnen identifizirt zu werden. Ich weiß nicht, ich habe ihn aber so verstanden, als ob er im bürgerlichen Leben mit den Sozial-Demokraten zusammenkomme, nicht aber im politischen. In der Theorie mag das getrennt werden, aber in der Praxis geht es immer Hand in Hand. Die ganze Fraktion Windthorst, einschließlich der Sozialdemokraten, markirt in vereinter Kolonne; ihre Politik ist eben eine derartige, daß die Sozialdemokraten sie ruhig mitmachen können. (Sehr richtig! rechts.) Sie suchen stets zu versehen und Zweifel zu erregen, und das wollen die Sozialdemokraten immer. (Widerpruch.) Thatsache ist doch, daß die Sozialdemokraten nie in die Lage kamen, anders zu stimmen. (Beifall rechts, Lachen und Widerspruch im Centrum und bei den Sozialdemokraten.) In der politischen Sache waren Sie einig! (Beifall und Unruhe.) Die Sozialdemokraten gehen ganz brüderlich mit dem Centrum Hand in Hand. Vielleicht nicht immer in Bezug auf die innere Politik, aber doch immer in allen auswärtigen Fragen, wo die Sicherheit und das Ansehen des Reiches am meisten interessiert ist. Da haben die Sozialdemokraten es nicht

